



## Der geteilte Hund

Wenn ein Tier in zwei Haushalten versorgt wird. *Leben*

## Warum die Luftwaffe in Australien übt

Signal an Chinesen. *Tages-Thema*

## Was von Diana bleibt

William und Harry kämpfen um das Andenken ihrer Mutter. *Panorama*



FREITAG, 26. AUGUST 2022 | 77. JAHRG. | NR. 198

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG - SEIT 1946

5912 | B0 | KOBLENZ | 2,40 EURO

## Da wächst die Vorfrende

Gute Weine erwartet

Außergewöhnlich früh beginnt in diesem Jahr die Hauptweinlese – bei hochsommerlichen Temperaturen. Zwar fallen die Trauben aufgrund der Trockenheit dieses Jahr kleiner aus, aber die Aussichten auf einen hochwertigen Jahrgang sind gut, sagt das Deutsche Weininstitut. Auch beim Weingut Nelles in Heimersheim ist man positiv gestimmt. Mehr lesen Sie auf *Rheinland-Pfalz red*

Foto: Boris Roessler/dpa



Lokales

## Zu wenig Platz für Radfahrer

Sicherheit auf Koblenzer Straßen: 1,50 Meter als Abstand sind wichtig

**Koblenz.** Auf der Landstraße brausen Autos mit etwa 100 km/h gefühlt 50 Zentimeter an Radfahrern vorbei. Auf der Balduinbrücke sind die Busse und Lkw zwar nicht so schnell, aber dafür manchmal noch näher an den Radlern dran. Das Thema Abstand halten ist wirklich wichtig, sagt der Radverkehrsbeauftragte Tobias Weiß-Bolin im Gespräch mit unserer Zeitung. Autofahrer müssen (noch) mehr sensibilisiert werden, dass innerorts 1,50 Meter, außerorts sogar 2 Meter Abstand einzuhalten sind. Aber auch viele Radfahrer halten sich nicht an die Regeln, und an manchen Punkten in der Stadt gibt es keine einfachen Lösungen. *dos*

Mehr im Lokalteil, Seite 15

## Station für Geflüchtete

**Kreis MYK.** Im Landkreis Mayen-Koblenz leben aktuell rund 6200 Geflüchtete. Für alle, die ihre Heimat verlassen mussten, ist die erste offizielle Station für Geflüchtete, die durch die Aufnahmeeinrichtungen des Landes dem Kreis Mayen-Koblenz zugewiesen werden, das Marienhaus-Klinikum St. Josef in Bendorf. Rund 30 Geflüchtete leben dort durchschnittlich, die Zahlen können sich täglich ändern. *red*

Mehr im Lokalteil, Seite 21

## 504 aktive Corona-Fälle

**Koblenz/Kreis MYK.** Es gibt 143 neue per PCR-Test positiv auf das Coronavirus getestete und 81 genesene Personen. Die Anzahl aktiver Corona-Fälle liegt damit derzeit bei 504 – 182 in der Stadt Koblenz und 322 im Kreis MYK. Die Kreisverwaltung weist jedoch darauf hin, dass die Zahlen nicht das tatsächliche Infektionsgeschehen widerspiegeln, weil keine PCR-Testpflicht besteht. Die landesweite Sieben-Tage-Hospitalisierungsziffer beträgt 4,11 pro 100 000 Einwohner. Die Inzidenzwerte liegen derzeit bei 241,6 (Koblenz) und 210 (Kreis MYK). Infos im Internet unter [www.kvmyk.de/corona](http://www.kvmyk.de/corona) *red*

Unser Wetter



## Örtlich gibt es Schauer

Bei wechselnder Bewölkung entwickeln sich im Tagesverlauf an Rhein und Mosel örtlich zum Teil kräftige Schauer oder Gewitter. Die Höchsttemperaturen liegen bei 26 und 28 Grad.

Kompakt

## Putin will die Armee kräftig aufstocken

**Moskau.** Ein halbes Jahr nach dem Einmarsch in die Ukraine hat Kremlchef Wladimir Putin eine Vergrößerung der russischen Armee angeordnet. 2023 soll die Zahl der Soldaten um 137 000 auf rund 1,15 Millionen wachsen, wie aus einem Dekret hervorgeht. Laut Kreml-Darstellung läuft in dem Krieg in der Ukraine alles „nach Plan“. Internationale Militärexperten bescheinigen Russland jedoch nur ein schleppendes Vorankommen und gehen von hohen Verlusten aus. In der Ukraine wurden bei einem russischen Raketenangriff auf einen Bahnhof Dutzende Menschen getötet. Der Kreml sprach von 200 getöteten Soldaten, doch dafür gibt es keine Belege. *dpa*

Bundeskanzler Scholz besuchte ukrainische Soldaten im Ausbildungsprogramm am Flugabwehrpanzer Gepard in Schleswig-Holstein. Mehr auf *Politik*

Die gute Nachricht

## Die Corona-Infektionen gehen weiter zurück

Die Zahl der amtlich erfassten Corona-Infektionen in Rheinland-Pfalz geht im Wochenvergleich weiter zurück. Die Inzidenz liegt bei 227,9 Fällen je 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen. Eine Woche zuvor lag der Wert bei 296,6. Die Inzidenz ist nach Daten des Landesuntersuchungsamtes im Kreis Südwestpfalz mit 345,6 und im Kreis Kaiserslautern mit 342,4 am höchsten, am niedrigsten ist sie mit 130,5 im Rhein-Pfalz-Kreis. Niedrige Werte haben auch die Kreise Rhein-Lahn (166,4), Bitburg-Prüm (167,9), Neuwied (169,8) und Ahrweiler (178,6). *red*

SERVICE & FREIZEIT

Leben 10  
Intermezzo: Roman, Horoskop 9  
Ihr aktuelles TV-Programm 26

WIR FÜR SIE

Aboservice Tel: 0261/9836 2000  
Anzeigen Tel: 0261/9836 2003  
Redaktion Tel: 0261/9836 5000



# Bistum vertuschte Missbrauch

Verantwortliche in Trier versetzten Priester, um sie vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen

Von Birgit Reichert

**Trier.** Verantwortliche im Bistum Trier haben laut einer Untersuchung über Jahrzehnte hinweg sexuelle Missbrauch durch Priester vertuscht. Täter seien innerhalb und außerhalb des Bistums versetzt worden, auch um sie vor einer strafrechtlichen Verfolgung zu bewahren, berichtete die unabhängige Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs im Bistum Trier (UAK). An den neuen Einsatzorten sei es dann erneut zu Missbrauchstaten an Kindern und Jugendlichen gekommen: Das Bistum habe „in einer großen Reihe von Fällen“ keine Maßnahmen zum Schutz potenzieller Opfer getroffen, kritisierte die UAK in ihrem ersten Zwischenbericht.

Die Kommission berichtete aus den Akten von zwei gravierenden Fallbeispielen, die sich über die Jahre 1955 bis 1975 erstreckten. Ein Bistumspriester habe sich in den 1950er-Jahren mehrfach an Jungen in verschiedenen Gemeinden vergangen und sei dann, als ein Haftbefehl gegen ihn vorlag, „auf spezielle Intervention der Diözese Trier“ zum Einsatz nach Paraguay geschickt worden. Dass er dort, wo er bis zu seinem Tod 1997 wirkte, keine Kinder mehr missbrauchte, hält die Kommission für

kaum wahrscheinlich. „Versagen auf mehreren Ebenen“ zeige auch der Fall eines Priesters, der nach Verurteilung wegen Missbrauch in Österreich eine neue Stelle im Bistum Trier bekam – und in einem Einfeldorf bei Bitburg von 1963 bis 1972 mindestens 20 Kinder und Jugendliche missbrauchte. Die neue Anstellung sei auch auf „bewusste

Bischof von Trier, soll Täter gedeckt haben, indem er sie in ihren Ämtern beließ oder an andere Orte versetzte.

Die Kommission ist seit gut einem Jahr im Amt – ihre Arbeit ist auf insgesamt sechs Jahre ausgelegt. Bislang sind für den Zeitraum von Anfang 1946 bis Ende 2021 bishumweit 513 Opfer und 195 be-

troffenen hätten einen „für sie unzureichenden Zugang zu den Akten“ kritisiert. Zudem soll das Bistum Betroffene regelmäßig über den Verlauf von kircheninternen Ermittlungen unterrichten und eine langfristige Beratungs- und Anlaufstelle schaffen. Opfer beklagen, dass Verfahren zur Anerkennung von Hilfen zu lange dauern.

Die UAK um den früheren rheinland-pfälzischen Justizminister Gerhard Robbers hatte nach ihrer ersten Sitzung Ende Juni 2021 jährliche Zwischenberichte angekündigt. Für die nächste Phase der Aufarbeitung sollten auch aktuelle und ehemalige Leitungspersonen befragt werden. Dabei werde es auch um die Selbsteinschätzung gehen, wo im bisherigen Umgang mit sexuellem Missbrauch Fehler gemacht wurden, hieß es.

Der Missbrauchsskandal war Anfang 2010 ins Rollen gekommen. Im Herbst 2018 hatte die katholische Kirche Deutschlands die sogenannte MHG-Studie vorgestellt: Demnach sind bundesweit in den Personalakten von 1946 bis 2014 insgesamt 1670 Kleriker wegen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger beschuldigt worden. Es gab 3677 Opfer. Derzeit stellen sich alle 27 Bistümer bundesweit einer unabhängigen Aufarbeitung durch eingerichtete Kommissionen.

„Für die Betroffenen ist das keine Vergangenheit, sondern noch immer allgegenwärtig.“

Gerhard Robbers, Sprecher der Kommission, war in den Jahren 2014 bis 2016 rheinland-pfälzischer Justizminister.

Foto: Christian Charisius/dpa



Verschleierung“ zurückzuführen, schrieb die Kommission. Die Fälle machten deutlich: Es gab kein „verantwortliches Umgehen“ mit den Tätern.

Um die „eindeutige Rolle und Verantwortlichkeit“ der jeweiligen Leitungen und Bischöfe beurteilen zu können, wird es weitere Untersuchungen geben, kündigte die Kommission an. Bis Mitte Oktober soll eine erste Studie zum Missbrauchsgeschehen in der Amtszeit des früheren Trierer Bischofs Bernhard Stein (1904–1993) vorgelegt werden. Stein, von 1967 bis 1980

schuldigte oder überführte Täter erfasst worden, teilte das siebenköpfige Gremium aus Betroffenen und Fachleuten mit. Man geht davon aus, dass mit einer an der Universität Trier in Auftrag gegebenen Studie zur Erfassung von Missbrauchsfällen die Zahlen weiter steigen werden.

Nach Gesprächen mit Betroffenen fordert die Kommission vom Bistum, die bisherige Praxis zur Akteneinsicht für Opfer „deutlich“ zu verbessern und mit einem „wenig aufwendigen Verfahren“ Einsicht zu gewähren. Fast alle Be-

## Olympia 72: Die Spiele gingen weiter, das Leben nicht

Hinterbliebene der israelischen Opfer des Attentats in München streiten bis heute um eine Entschädigung

**München/Jerusalem.** Auch 50 Jahre nach dem Terrorangriff auf die israelische Olympia-Mannschaft in München gibt es immer noch keine Einigung mit den Angehörigen der Opfer. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte, die Bundesregierung bedauere, „dass es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gelungen ist, mit den Hinterbliebenen einen Konsens zu erzielen“. Die Gespräche sollen jedoch fortgesetzt werden.

Am 5. September 1972 drangen palästinensische Terroristen in das Quartier der israelischen Mannschaft ein, erschossen Ringertrainer



50 Jahre nach der Beisetzung der Opfer kämpfen die Hinterbliebenen noch um Entschädigung. Foto: dpa

Moshe Muni Weinberg, Gewichtheber Yossef Romano ließen sie verbluten. Neun Israelis hielten sie als Geisel. Ihre Forderung: die Freilassung von 232 Palästinensern aus israelischer Gefangenschaft, der RAF-Mitglieder Baader und Meinhof und eines Japaners. Insgesamt wurden elf Sportler und ein Polizist getötet. Neben dem Versagen der Sicherheitsbehörden gilt der Umgang der deutschen Politik mit den Hinterbliebenen nicht wenigen als ein zweites Versagen. Sprecherinnen der Opferfamilien haben vor dem anstehenden Jahrestag ein Entschädigungsangebot des Bun-

des als unzureichend zurückgewiesen. Wegen des seit Jahren schwelenden Streits wollen die Angehörigen der Opfer nicht an der Gedenkveranstaltung am 5. September teilnehmen.

Ein ranghoher israelischer Vertreter in Jerusalem sprach von einem „sehr komplizierten, sensiblen Thema“. Man sei in Gesprächen mit der deutschen Regierung: „Wir versuchen, einen Weg zu finden, dies so wenig schmerzhaft wie möglich für die Familien zu machen. Wir versuchen, es zu lösen.“ *dpa*

Mehr Hintergründe im Sport